

Entwurf

Auftrag

an die Delegierten für den außerordentlichen Parteitag
der SED vom 15. - 17. Dezember 1959

I

Erfüllt mit großer Sorge um die Einheit und Reinheit unserer Partei erwarten die Genossen der Parteiorganisation den außerordentlichen Parteitag der SED.

Sie beauftragen ihre Delegierten für den außerordentlichen Parteitag der SED, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, den Zerfall der SED in vielen Bereichen an der Basis zu stoppen und eine Spaltung zu verhindern.

Mit aufgeschlossener Bereitschaft, aktiv an der gesellschaftlichen Wende mitzuwirken, um die wehrhaft menschenwürdigen Ziele des Sozialismus hervorzubringen und um Bewährtes nicht aufzugeben, wird in den Grundorganisationen der Willen gestärkt dazu beizutragen, daß das Amt für Nationale Sicherheit kurzfristig seine volle Arbeitsfähigkeit erlangt und elementare Fragen der staatlichen Sicherheit unter keinen Umständen zum Erliegen kommen.

Ernsthafte Hindernisse sind dabei die tiefe Enttäuschung über ehemalige führende Politiker der früheren Partei- und Staatsführung, so auch über den ehemaligen Minister für Staatssicherheit; ihre verhängnisvollen politischen Fehlleistungen, Fehlentscheidungen, ihre Entfernung von der Basis und unberechtigte Privilegien, womit sie unsere marxistisch-leninistische Partei und unsere sozialistische Gesellschaft in eine tiefe Krise geführt haben.

Schmerzvoll und ganz persönlich verraten fühlen sich die Genossen unserer Parteiorganisation, die jahrzehntelang aufopferungsvoll und pflichtbewußt die Beschlüsse unserer Partei und die Befehle und Weisungen in dem festen Glauben erfüllten, der Partei und dem Volk zu dienen. Viele von ihnen sehen sich um ihr Lebenswerk betrogen und z. T. um ihre zukünftige Existenz gebracht.

Voller Empörung und Zorn hören sie, wie auf den Straßen der aufopferungsvolle Dienst für die Sicherheit des Staates geschmäht wird, wie unser Organ, ihre Mitarbeiter und z. T. auch deren Familienangehörigen mißachtet, beleidigt und mit Handlangern finsterster Diktaturen verglichen werden.

Die Genossen der Parteiorganisation erwarten zwingend, daß sie nicht gleichgestellt werden mit den Schuldigen an der tiefen gesellschaftlichen Krise und in unserer Partei. Sie erwarten von der zukünftigen Parteiführung einen klaren Kurs und wirksame Aktionen, die unser Land und unsere Partei retten.

Wir wollen das Unserige tun, daß das Vertrauen der Genossinnen und Genossen zur Partei- und Staatsführung wieder hergestellt und auch unser Ansehen im Volk wieder gehoben wird.

Dafür erwarten und fordern wir:

- daß die Schuldigen an der tiefen gesellschaftlichen Krise und in unserer Partei zur Verantwortung gezogen werden;
 - daß unsere Staatsführung, dessen Organ das MfS war und das Amt für Nationale Sicherheit ist, sich schützend an unsere Seite stellt, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen ~~qualifiziert und~~ schnell schafft und die ehrlichen Mitarbeiter, ~~alter- und Funktionslose~~ verteidigt ;
 - daß das Amt für Nationale Sicherheit in einer Atmosphäre der Besonnenheit in Ruhe und Vertrauen aufgebaut wird und kein Genosse gibt, der in der Zukunft gebraucht wird.
 - daß garantiert und jeder Genossin sowie jedem Genossen glaubhaft nachgewiesen wird, daß sie in unserer Gesellschaft gebraucht, in Anerkennung ihres bisherigen Lebens und kämpferischen Handelns, ihrer persönlichen Entbehrungen und -inschränkungen auch in der Zukunft und im Alter sozial sichergestellt werden;
 - den Ministerrat und seinen Organen muß deutlich werden, daß der Verlust an Vertrauen in die bisherige Regierung nicht ohne Einfluß auf die Glaubhaftigkeit der veränderten Regelungen der finanziellen Vergütungen und vielfältigen Unterstützungen im Falle der Nichtübernahme in das Amt für Nationale Sicherheit geblieben ist. Deshalb erwartet die Delegiertenkonferenz solche Arbeitsweisen und Garantien für jeden vorzeitig aus dem Amt ausscheidenden Genossen, daß er entsprechend seines Alters, Gesundheitszustandes, seiner Fähigkeiten und Kenntnisse in der Gesellschaft einen würdigen Platz erhält sowie, wenn es seine Möglichkeiten noch zulassen, qualifiziert wird, um sich ein neues Lebens- und Existenzwerk aufbauen zu können und dabei keine unzumutbare Verringerung seiner bisherigen Dienstbezüge hinnehmen zu müssen.
- Es darf nicht zugestanden werden, daß insbesondere Genossinnen und Genossen, die auf Grund ihres Alters, ihres körperlichen Zustandes und nicht mehr nutzbarer Qualifikation sozial dafür bestraft werden, daß sie ihr ganzes bisheriges Leben ehrlich und pflichtbewußt, selbstlos in den Dienst für die Sicherheit unseres Staates gestellt haben.**

Die Delegiertenkonferenz formuliert zwingend diese Erwartungen, weil deren Nichterfüllung schwerwiegende Hemmnisse für die Gewährleistung der unverzüglichen Arbeitsbereitschaft und das Vertrauen der Genossen in das Amt für Nationale Sicherheit darstellen würden.

II

Die Herbeiführung der Wende in unserer Gesellschaft und die Wiedernerstellung der Aktionsfähigkeit der Partei erfordern Überlegungen zum Wirken der Partei im Bezirksamt für Nationale Sicherheit, das sich in der Tätigkeit des Apparates der Zentralen Parteileitung widerspiegeln muß.

Die Delegierten zum außerordentlichen Parteitag der SED erhalten folgende Diskussionsgrundlage und Vorschläge an die übergeordneten Parteiorgane:

- bei weiterer Qualifizierung des demokratischen Zentralismus und damit der Hebung der Verantwortung der gewählten Parteileitungen;
- unter Berücksichtigung strikter Trennung und Abgrenzung der Parteiarbeit von der dienstlichen Tätigkeit;
- in Erwägung der Verringerung des Bestandes der Genossen im Bezirksamt für Nationale Sicherheit;

ist der 1986 planmäßig begonnene Prozeß der Reduzierung der Kräfte und Mittel des Apparates der Zentralen Parteileitung grundlegend weiter fortzusetzen.

Unter dem vorgenannten Blickwinkel wird den übergeordneten Parteiorganen vorgeschlagen, den zukünftigen Apparat der Zentralen Parteileitung auf folgende hauptamtliche Kräfte zu reduzieren:

Sekretär der Zentralen Parteileitung, ein bis zwei Instrukteure für Parteiarbeit, eine Genossin für den Bereich Mitgliederbewegung/Org.-Statistik, eine technische Kraft (Sekretärin/Schreibkraft).

Der st. Sekretär und der Sekretär für Agit./Prop. werden als ehrenamtliche Sekretäre gewählt.

III

Die Delegiertenkonferenz hält es für erforderlich, den Prozeß des Umtausches der Parteidokumente wie folgt fortzusetzen:

Die Zentrale Parteileitung hat alle bei ihr eingegangenen Vorschläge, Einweise und Kritiken registriert und den Verantwortlichen zur Bearbeitung zugeleitet. Nun geht es darum, die vielen Vorschläge, Einweise und Kritiken aus den persönlichen Gesprächen weiter zu bearbeiten, kritisierte Zustände zu beseitigen und durch die Verantwortlichen den Parteikollektiven Antwort zu geben.

Während solchen Abschluß des Umtausches der Parteidokumente sind wir der vielen Fleißigen, engagiert mitdenkenden und verantwortungsvoll arbeitenden Genossinnen und Genossen schuldig.